Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 282 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 5. Dezember 1929

Eine neue Partei?

Parteien im Staat sind einheitlich gerichtete Zusammenballungen politischer Kräfte im Volk. Getragen sind sie von dem Willen, die Macht zu erringen, um im Staat ihren politischen Zielen näherzukommen, sie zu erreichen. Zum mindesten aber muß dieses Ziel einheitlich aufgefaßt sein, während leicht in jeder Partei ein Streit über die Methode ausbrechen kann, mit der die Verwirklichung des Gewollten zu erreichen ist. Derartige Auseinandersetzungen hat man ja oft in allen Parteien erlebt: sie brausten auf und ebbten ab. Maßgebend blieb schließlich meist doch das, was im politischen Leben unter Kampf das Entscheidungsurteil fällt: der Erfolg.

Ist dieser „Kampf um die Methode" nun auch der Hintergrund für die Ereignisse innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion, für die Tatsache des Austritts einer Reihe von Abgeordneten, denen vielleicht noch andere folgen mögen? Und der natürlich auch zu einer Erschütterung des ganzen Gefüges dieser Partei schon deswegen führen muß, weil hinter den dissentierenden Abgeordneten ganz bestimmte Kreise der Bevölkerung stehen. Oder ist es mehr als nur ein Kampf um die Methode? Die Abgeordneten Hartwig, Hülser, Lambach z. B. sind und fühlen sich als Vertreter der deutschnationalen Arbeiter- und Angestelltenschaft; wieder andere wie der frühere Innenminister von Keudell, Treviranus, Schlange-Schöningen u. a. stehen in der Landwirtschaftsbewegung an führender Stelle. Zu diesen Abgeordneten gehört jetzt auch der Vorsitzende des Christlichen Landarbeiterverbandes, Behrens. Und schließlich wandten sich auch solche Abgeordnete von der Fraktion ab, die als Unternehmer oder Syndizi eine besondere Rolle in den Kreisen der Arbeitgeberschaft spielen, so Dr. Klönne, Dr. Lejeune-Jung u. a. Aber dabei darf man nicht nur an rein wirtschaftliche Erwägungen denken. So ist der Lizentiat Dr. Mumm, ein Schüler Stöckers, einst Führer der Christlichsozialen Partei gewesen, bis diese sich 1918 mit der neugegründeten Deutschnationalen Volkspartei verschmolz. Weltanschaulich-politische Gründe wieder spielen auch dann mit, wenn Männer wie der bekannte Außenpolitiker Professor Hötzsch, von Lindeiner-Wildau — ebenso wie Treviranus einst „politischer Beauftragter" der Deutschnationalen — der Fraktion und damit auch ihrer Partei den Rücken kehren.

Den äußeren Anstoß zu all diesen Dingen gab ja eigentlich die Abstimmung über den § 4 des Volksbegehrens, bei der sich eine Anzahl deutschnationaler Abgeordneter der Stimme enthielten, nachdem es in vielstündigen Beratungen innerhalb der Fraktion zu einer wirklich einhelligen Stellungnahme nicht gekommen war. Aber es handelte sich um mehr. Das Volksbegehren war eine außerparlamentarisch und überparteilich gedachte Bewegung gewesen und — wäre um ein Haar gescheitert. Das letzten Endes hat die jetzt ausgeschiedenen und die auf diesem Wege etwa noch folgenden Abgeordneten — auch auf die preußische Landtagsfraktion der Deutschnationalen ist die Bewegung bereits übergegriffen, hat die Abgeordneten Meyer (Hermsdorf) und Kliesch zum Austritt veranlaßt — anscheinend dazu bewogen, die bisherige Methode der offiziellen Politik der Deutschnationalen Partei einer Kritik zu unterziehen. Sie halten auch das Ziel dieser Politik, wie es in Kassel auf dem Parteitag proklamiert wurde: Zusammenfassung der politischen Rechten zu einer antimarxistischen Front unter Ablehnung jedes Kompromisses mit der politischen Mitte, für unerreichbar und unausführbar. Und haben nun aus dieser ihrer Anschauung die Folgerungen gezogen.

Am Augenblick läßt sich nicht sagen, welches die Rückwirkung dieser Ereignisse auf die parlamentarische Lage, die Deutschnationale Volkspartei selbst, und schließlich auf den Volksentscheid sein wird. Man spricht natürlich von der Gründung einer neuen Fraktion durch die Ausgeschiedenen, munkelt auch von Bildung einer neuen Partei. Man tut also gut, erst einmal die Rückwirkungen selbst abzuwarten, darf aber als eine davon jedenfalls die Tatsache feststellen, daß die Opposition gegen die jetzige Reichsregierung und die hinter dieser stehenden Parteien geschwächt worden ist.

Die Vorgänge bei den Deutschnationalen.

Rücktritt des Grafen Westarp vom Fraktionsvorsitz.

Nachdem eine Reihe von deutschnationalen Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion ihrer Partei, teilweise auch aus der Partei selbst, ausgetreten ist, hat der langjährige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, sein Amt niedergelegt. Wie er ausdrücklich betont, verbleibt er aber nach wie vor Mitglied der Fraktion und der Partei.

Zunächst sind die deutschnationalen Abgeordneten Hülser (Breslau), Hartwig (Reichsliste) und Lambach (Reichsliste) aus der Partei und damit auch aus der Fraktion ausgetreten, weil im Parteivorstand beschlossen worden war, sie sollten wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin ausgeschlossen werden. Ihnen folgten die Abgeordneten Dr. Klönne (Reichsliste), Dr. Lejeune-Jung (Breslau) und Treviranus (Westfalen-Nord), sodann Minister a. D. Dr. von Keudell (Frankfurt an der Oder), Schlange-Schöningen (Pommern) und von Lindeiner-Wildau (Hessen-Nassau). Diesem Beispiel schlossen sich die Abgeordneten D. Mumm (Westfalen-Süd), Behrens (Ostpreußen) und Professor Hötzsch (Leipzig) an. Ebenso haben die beiden preußischen Landtagsabgeordneten Meyer (Hermsdorf) und Kliesch ihren Austritt aus der deutschnationalen Landtagsfraktion vollzogen.

Die einzelnen Abgeordneten haben teilweise in Briefen an den Parteivorsitzenden ihre Entschlüsse begründet; außerdem hat zwischen ihnen und einer Reihe anderer Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion eine Besprechung stattgefunden, bei der u. a. auch der Führer des Reichslandbundes, Abg. Dr. Schiele, zugegen war. Beschlüsse wurden in dieser Sitzung aber nicht gefaßt und die Meldungen über die Wiederbegründung einer Christlichsozialen Partei eilen den Tatsachen voraus. Dagegen steht wohl ziemlich fest, daß es zu einem Zusammenschluß zu einer neuen Fraktionsgemeinschaft kommen wird.

*

Eine christlich-soziale Gruppe im Reichstag

Berlin, 4. Dezember. Die der christlich-sozialen Reichsvereinigung angehörenden Reichstagsabgeordneten veröffentlichen folgende Erklärung: „Die der christlich-sozialen Reichsvereinigung angehörenden Reichstagsabgeordneten schließen sich zu einer christ-

Krach um das Republikschutzgesetz

Das Republikschutzgesetz vor dem Reichstag

Stürmische Auftritte im Parlament.

Berlin, 4. Dezember.

Die bemerkenswerten Vorgänge innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, die im Laufe des Tages sogar zur Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch den Grafen Westarp führten, blieben sichtlich nicht ohne Einfluß auf die Sitzung des Reichstages. Trotz dem auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Gegenstande, der ersten Beratung des neuen Republikschutzgesetzes, das an die Stelle des am 27. Juni dieses Jahres unter großem Hallo nicht mehr verlängerten alten Gesetzes treten soll, zeigten die Bänke im Saal große Lücken. Aufsehen erregte es immerhin, als Reichsminister Severing abweichend von dem von jeher geübten Brauch zunächst keine Begründung seiner Vorlage gab, sondern den Rednern der Parteien das Feld überließ. Dieses beackerte denn auch der Kommunist Pieck gründlich als Feind, wie er sagte, der Sozialdemokratie, der bürgerlich-demokratischen Republik, des Kapitals und überhaupt der ganzen gegenwärtigen Ordnung. Nach Sowjetmuster müsse ihr die Diktatur des Proletariats die Faust auf das Auge setzen. Die Vorlage verdonnerte Pieck unter Händeklatschen und heftigen Zurufen seiner Genossen in Bausch und Bogen. Präsident Löbe mußte mehrfach Ordnung stiften. Nach dem Abgeordneten Pieck verwirft der deutschnationale Redner Dr. Everling den Entwurf aus entgegengesetzten Gründen, aber mit gleicher Entschiedenheit. io.

*

Sitzungsbericht.

(110. Sitzung.) CB. Berlin, 4. Dezember.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens wird verbunden mit der Beratung der deutschnationalen Interpellationen über die Stahlhelmauflösung, das Recht der Beamten auf Eintragung zum Volksbegehren und über die Bestreitung der Kosten für die Propaganda gegen das Volksbegehren. Ebenso verbunden damit wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt, das Gesetz von der Tagesordnung abzusetzen und statt dessen die Beratung der Denkschrift über die Ablösung der Markanleihen weiterzuführen.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) erklärt, seine Partei stimme dem Antrage Torgler selbstverständlich zu. (Heiterkeit.) Der Redner bringt ferner einen Mißtrauensantrag gegen Reichsinnenminister Severing ein. Der kommunistische Antrag wird gegen die Antragsteller, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten abgelehnt. Der Mißtrauensantrag gegen Minister Severing wird mit der Tagesordnung verbunden.

Die Beratung beginnt sofort mit der Aussprache der Parteien, da der Innenminister Severing das neue Republikschutzgesetz nicht wie sonst üblich mit einer Begründung einleitet.

Abg. Pieck (Komm.) findet das Schweigen der Regierung charakteristisch. Sie habe wahrscheinlich nicht den Mut, das Gesetz zu begründen. Der Reichstag solle deshalb den Entwurf sobald wie möglich im Orkus verschwinden lassen. Im übrigen hält der Abg. Pieck eine längere mit zahlreichen heftigen Angriffen gespickte Rede gegen die Sozialdemokraten und den heutigen Staat.

Abg. Dr. Everling (Dtn.): Der Terror gegen die Beamten beim Volksbegehren habe bis zum Nachtwächter gereicht. Wenigstens solle der Minister beim Volksentscheid die Gesinnungsfreiheit schützen. Das neue Republikschutzgesetz ist nichts anderes, sagt der Redner, als ein Gesetz gegen die innere Freiheit und stelle sich würdig an die Seite des Young-Planes. Das Gesetz ist nicht nur verfassungsändernd, sondern verfassungsstürzend. Die Befriedung des öffentlichen Lebens werde durch Mundtotmachung der Opposition die Befriedung eines Kirchhofes sein.

Reichsinnenminister Severing, der das Wort nahm, wurde von den Kommunisten mit großem Lärm empfangen. Es ertönten wüste Schimpfworte. Der Minister wies darauf hin, daß der kommunistische Redner es als charakteristisch bezeichnet habe, daß die Regierung ihren Gesetzentwurf nicht begründe. (Zurufe bei den Kommunisten: Sie haben aber den Mut, Arbeiter zu morden! Lärm bei den Sozialdemokraten. Abg. Neubauer (Komm.) wird zur Ordnung gerufen.) Der Minister betonte, daß die Materie genügend bekannt sei. Die Behauptung, das Gesetz sei schlimmer als das Bismarcksche Ausnahmegesetz, sei eine grenzenlose Übertreibung. (Erneuter Lärm und beleidigende Zwischenrufe bei den Kommunisten.)

Abg. Dittmann (Soz.) begibt sich zum Präsidentenstuhl, wo er Aufstellung nimmt. Die Kommunisten rufen dem Abg. Dittmann zu: Sie Achtgroschenjunge, was erneut Proteste der Sozialdemokraten zur Folge hat.

Vizepräsident von Kardorff bat wiederholt vergebens, die Plätze einzunehmen und sich ruhig zu verhalten. Auf neuerliche kommunistische Beschimpfungen hin wurde der Abg. Neubauer von der Sitzung ausgeschlossen.

Die Kommunisten verursachten hierauf neue Lärmszenen und riefen dem Vizepräsidenten zu: Abtreten! Abtreten!. Vizepräsident von Kardorff verließ schließlich seinen Platz und begab sich in die Reihen der Sozialdemokraten, um mit ihnen zu verhandeln. Damit war die Sitzung unterbrochen. Von den Kommunisten wurde dieser Vorgang mit stürmischem Händeklatschen aufgenommen.

Inzwischen trat der Ältestenrat zusammen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung forderte der Vizepräsident die kommunistischen Abgeordneten Jadasch, Beutling und Papke wegen schwerer Verstöße gegen die Hausordnung auf, den Saal zu verlassen. Gleichzeitig unterbrach er die Sitzung für eine Viertelstunde.

Während der Pause wurde bekannt, daß der Abgeordnete Könen (Komm.) nach Verlassen des Sitzungssaales durch eine Abteilung Kriminalisten festgenommen und aus dem Hause geführt worden war. Im Anschluß an diese Vorfälle kam es in den Wandelgängen des Reichstages zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Abendsitzung des Reichstages.

Gegen 7 Uhr eröffnet Vizepräsident v. Kardorff wieder die Sitzung und erteilt sofort dem Reichsminister Severing das Wort. Ehe der Minister seine Rede fortsetzen konnte, schwang sich ein kommunistischer Abgeordneter auf die Rednertribüne und verlangte das Wort zu einer Erklärung gegen den Reichsinnenminister. Der Abgeordnete wurde aus dem Saale gewiesen. Als der Minister dann seine Rede beginnen wollte, ergingen sich die Kommunisten in gemeinsamen Schmähungen. Weitere Ausweisungen kommunistischer Abgeordneter aus dem Saale folgten. Die Sitzung mußte schließlich wieder unterbrochen werden. Nach Wiedereröffnung der Sitzung und nachdem noch weitere kommunistische Abgeordnete aus dem Saale gewiesen waren, nahm Minister Severing das Wort, wobei es wieder zu Störungen seitens der Kommunisten und der Nationalsozialisten kam. Nach neuerlichen Saalverweisungen einiger Abgeordneter erklärte Minister Severing, er halte es nicht für notwendig, auf die zahlreichen Beschimpfungen einzugehen. Nur mit dem Abg. Könen, der den Vorwurf des Arbeitermordes erhoben habe, wollte er eine Ausnahme machen.

(Präsident Löbe kündigt unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses an, daß er mit Rücksicht auf die heutigen Vorkommnisse in der Donnerstagsitzung eine Verschärfung der Ordnungsbestimmungen vorschlagen werde.)

Minister Severing wies im weiteren Verlauf seiner Ausführungen darauf hin, daß das vorliegende Gesetz sich gegen alle richte, die mit Gewalt oder Beschimpfung den Staat bekämpfen. Dabei sei kein Unterschied zwischen rechts und links gemacht. Wenn man von rechts und von links den politischen Kampf endlich mit geistigen Waffen führen wollte, würde das Republikschutzgesetz nicht nötig sein. Der Minister kündigte

wegen des Stahlhelmverbots ein Weißbuch

an. Für die Kosten der Agitation gegen das Volksbegehren werde der Nachtragsetat 500 000 anfordern. Diese Ausgabe stände in keinem Verhältnis zu den Kosten, die dem Reich durch das Volksbegehren aufgebürdet würden. Der Minister beziffert diese Kosten einschließlich des Volksentscheides auf etwa drei Millionen Mark. Er kündigt eine Revision des Gesetzes dahin an, daß künftig diese Kosten von denen übernommen werden, die solche Volksbegehren einleiten.

Es sprachen dann noch die Vertreter der verschiedenen Parteien. Im großen und ganzen behielt man sich die endgültige Stellungnahme für die Ausschußberatung vor. Wegen eines beleidigenden Zurufs wurde ein sozialdemokratischer Redner aus dem Saale gewiesen.

*

Zwangsräumung der Tribünen.

In der Pause wurden die Tribünen geräumt. Von den Kommunisten wurde gerufen: Die Republik schämt sich! Rotfront! — In die Rotfrontrufe stimmten zahlreiche Tribünenbesucher ein. Kriminalbeamte griffen zu und nahmen die Demonstranten fest. Inzwischen hatten auch die Abgeordneten der anderen Parteien größtenteils den Saal verlassen. Als die Räumungsaktion beendet war, verließ auch der Abg. Könen (Komm.) mit seinen Freunden den Saal. Die Sozialdemokraten begleiteten diesen Abzug mit Gelächter und Rufen: „Feiglinge".